

Mahnung

Johannes Paul II. zu den Veränderungen in Europa

Daß Johannes Paul II. in seiner Neujahrsansprache an das beim Heiligen Stuhl akkreditierte Diplomatische Corps auf den in den letzten Monaten unerwartet schnell verlaufenen Demokratisierungsprozeß im bisherigen Herrschaftsbereich des „real existierenden Sozialismus“ zu sprechen kommen würde, war zu erwarten. Schließlich gilt diese Ansprache traditionsgemäß einer weltpolitischen tour d'horizon aus der Sicht der päpstlichen Diplomatie. Der Papst beließ es beim Neujahrsempfang für die Diplomaten am 13. Januar aber nicht beim bloßen Registrieren der mittel- und osteuropäischen Entwicklungen, sondern trug so etwas wie ein sorgfältig formuliertes Gesamtkonzept vor, in enger Anlehnung an seine grundsätzlichen Äußerungen zum Thema Europa aus den letzten Jahren.

Johannes Paul II. wies darauf hin, daß vielfach *Kirchen* Ausgangs- oder Treffpunkt für die Freiheitsbewegung gewesen seien, und sprach von der sich offensichtlich vollziehenden Wiedergeburt eines „Europa des Geistes“ am Leitfaden der Werte und Symbole, die den Kontinent geformt hätten, der „christlichen Tradition, die alle seine Völker vereint“. Die Menschen hätten die „unerschöpflichen Ressourcen der Würde, des Mutes und der Freiheit“ unter Beweis gestellt, die sie in sich trügen. „In den Ländern, in denen jahrelang eine Partei über die zu glaubende Wahrheit und den Sinn der Geschichte bestimmte, haben diese Brüder gezeigt, daß es unmöglich ist, die grundlegenden Freiheiten zu ersticken, die dem Leben des Menschen Sinn verleihen: die Freiheit des Denkens, des Gewissens, der Religion, der Meinungsäußerung, des politischen und kulturellen Pluralismus“ (Osservatore Romano, 14. 1. 90).

Seine anerkennenden Worte für die Menschen in Osteuropa verband der Papst mit *Mahnungen an die Adresse des europäischen Westens*. Leider, so Johannes Paul II., hätten die westlichen Demokratien zu oft von ihrer Freiheit nur um den Preis großer Opfer Gebrauch machen können. Er geißelte den Egoismus, Hedonismus, Rassismus und praktischen Materialismus als westliche „Gegen-Werte“ und bedauerte das „absichtliche Fehlen jedes transzendenten moralischen Bezugs“ in der Lebensgestaltung der westlichen Gesellschaften. „Es darf nicht sein, daß diejenigen, die Freiheit und Demokratie neu errungen haben, von denen enttäuscht werden, die in dieser Hinsicht gewissermaßen ‚Veteranen‘ sind.“

Die päpstliche Konzeption ist in sich stimmig: Sowohl die Freiheitsbewegungen im Osten wie die westlichen Probleme mit den Begleiterscheinungen von Demokratie und gesellschaftlich-kulturellem Pluralismus verweisen für Johannes Paul II. darauf, daß ein Staat und eine Gesellschaft ohne transzendentes Fundament letztlich an ihren eigenen inneren Widersprüchen zerbrechen müssen. So verbindet sich für ihn das Bekenntnis zu den von der katholischen Kirche lange genug bekämpften Grundwerten der neuzeitlichen Freiheitsgeschichte zwanglos mit dem Hinweis auf die Unverzichtbarkeit der christlichen Tradition Europas für den Aufbau des „gemeinsamen Hauses“, von dem der Papst ausführlich auch in seiner Weihnachtsansprache an die Kurie vom 22. Dezember 1989 handelte (Osservatore Romano, 23. 12. 89), und auf die Notwendigkeit, die Freiheit in diesem Erbe zu verankern.

Die Wirklichkeit ist allerdings in Ost und West *vielschichtiger*, als es die Aussagen Johannes Pauls II. nahelegen. Es wird sich erst zeigen müssen, ob und inwieweit Demokratisierungsprozeß und religiös-christliche Renaissance in den bisher kommunistisch regierten Ländern künftig Hand in Hand gehen (vgl. ds. Heft, S. 49). Im Westen ist zwar vielerorts das Bewußtsein dafür gewachsen, daß Demokratie und Pluralismus einen

ethischen Grundkonsens brauchen, um nicht in schlechte Beliebigkeit abzugleiten. Aber nicht nur die weitgehend hilflos anmutenden kirchlichen Parolen und Strategien zur „Neuevangelisierung“ des alten Kontinents zeigen deutlich, wie schwer es den Christen und ihren Kirchen fällt, sich aus ihrem Glauben heraus mit den Orientierungsproblemen ihrer Gesellschaft auseinanderzusetzen und das christliche Erbe produktiv, ohne bevormundenden Zeigefinger, aber auch ohne falsche Bescheidenheit einzubringen. Der Papst wies in seiner Ansprache darauf hin, daß niemals etwas definitiv errungen sei: Es könnten jederzeit „jahrhundertealte Rivalitäten wiedererstehen, sich Konflikte zwischen ethnischen Minoritäten neu entzünden, Nationalismus zum Ausbruch kommen“. Tatsächlich dürfte hier mit die größte Gefahr für das sich jetzt neu formierende Europa liegen. Freiheit und Demokratie gibt es ja nie einfach als solche, sondern immer nur in einem komplexen sozialen, kulturellen und ökonomischen Beziehungsgeflecht. Das macht die Hilfestellung der Kirche im weiteren Veränderungsprozeß in Europa notwendig, aber auch so mühsam. ru

Aufregung

Das Mahnläuten vom 28. Dezember und was es auslöste

Obwohl es an grundstürzenden Ereignissen in der Vorweihnachts- und Weihnachtszeit nun wirklich nicht gefehlt hat, erregte das von den deutschen Bischöfen im Sommer 1989 für den Tag der Unschuldigen Kinder beschlossene, aber von den einzelnen Bischöfen selbst in sehr unterschiedlicher Form mitgetragene „Mahnläuten“ für die durch Schwangerschaftsabbruch zu Tode gekommenen ungeborenen Kinder doch so sehr die Gemüter und die öffentliche Meinung, daß manche Provinzzeitung noch Wochen später seitenweise Le-

serbriefe dafür und dagegen abdrucken konnte.

Verwunderlich war das nicht. Die über 200 000 Abtreibungen jährlich, die zwar zu größeren Teilen von den Ärzten nicht gemeldet, aber bei den Krankenkassen abgerechnet werden und von denen inzwischen an die 90 Prozent auf Grund einer „Notlagenindikation“ erfolgen, können keinen ruhig lassen, der sich bewußt ist, daß Abtreibung Tötung menschlichen Lebens ist, und der den gesellschaftlichen und staatlichen Schutz vorgeburtlichen Lebens ernst nimmt. Die Auseinandersetzungen darüber werden seit Jahr und Tag mit wechselnder Heftigkeit geführt. Dabei geht es nicht nur um die Zustimmung oder Bekämpfung der geltenden Gesetzeslage – Abschaffung oder Verschärfung der §§ 218 und 219 StGB –, sondern zum Teil tatsächlich um das Für und Wider der Abtreibung bzw. um deren rechtliche und moralische Zulässigkeit resp. Unzulässigkeit.

Die Bischöfe ihrerseits haben mit dem Mahnläuten ein Mittel öffentlichen Aufmerksammachens gewählt, das Freund und Gegner mobilisieren mußte und keinen Interessierten, am Streit Beteiligten oder Betroffenen – und wer ist das auf die eine oder andere Weise nicht? – meinungs- und teilnahmslos lassen konnte. Sie sind dabei nicht sonderlich überzeugend vorgegangen. Der Beschluß des Ständigen Rates war mit Erfahrungen begründet worden, die man 1988 mit dem Läuten im Bistum Fulda (mit Ablegern in der Nachbarschaft) gemacht hatte. Die Idee war von Erzbischof *Dyba* gekommen und ein Stück weit wohl auch durchgesetzt worden. Der „fuldamentalistische“ Ursprung – der Ausdruck stammt von Erzbischof *Dyba* selbst – haftete dem Unternehmen von Anfang an an, und damit verband sich nun einmal sehr viel mehr als nur konsequenter Einsatz für den Schutz des Lebens: ein bestimmtes festgefügtes Kirchenbild, eine bestimmte Vorstellung von Gesetz und Ordnung und eine ebenso bestimmte Form öffentlicher Provokation. Die Begründungen der Aktion, um die sich mancher Bischof, allen voran der

Konferenzvorsitzende, Bischof *Karl Lehmann*, in einer sechsseitigen Verdeutlichung gegenüber seiner Mainzer Ortskirche, mit viel gedanklichem Einsatz bemühte, wirkten *nachgereicht*, auch wenn sie den Vorteil hatten, bereits geäußerte Einwände aufzunehmen und ihnen die Spitze zu brechen. Wer hörte noch hin, wenn beteuert wurde, niemand werde „verurteilt“, aber alle sollten durch das Läuten zur Besinnung und „zur Gewissensforschung aufgerufen werden“? Wer nahm noch zur Kenntnis, daß das Glockenläuten als „Dank-, Mahn- und Trauergeläute“ alle Kinder meinte, die leiden, gequält werden und unschuldig zu Tode kommen: vor der Geburt oder später? Wer wollte – in vorgefaßter Meinung gefestigt – noch glauben, daß da keine Not gegen eine andere ausgespielt, die Not der Frauen nicht gegen das Lebensrecht der Kinder, sondern aus christlichem Glauben beides in den helfenden Blick genommen werden sollte?

Probleme warf auch der Gedenktag auf. Katholischem Gemüt drängt sich der Tag der Unschuldigen Kinder zwar schon rein assoziativ als Gedenktag für die Opfer von Abtreibungen auf. Er verführt aber zu mißverständlichen Vergleichen: Herodes in der Legende vom Bethlehemischen Kindermord hatte wahrlich andere Motive als Frauen, die in einer – wie immer beschaffenen – Notlage abtreiben. Und angesichts der in der Nazizeit millionenfach mit ihren Eltern durch Deutsche ermordeten jüdischen Kinder hätte sich längst schon ein anderer Gedenksinn für den Tag der Unschuldigen Kinder angeboten. *Heinrich Spaemann* hat dazu im „Christ in der Gegenwart“ das Notwendige gesagt. Den *kirchlichen Beratungsstellen*, ohnehin von deutschen bischöflichen Ratgebern und von römischen Stellen immer stärker angefeindet, wurde durch eine solch spektakuläre Aktion die Arbeit gewiß nicht erleichtert.

Und natürlich war und ist auch das Argument zu bedenken, daß durch Hilfe für in Not geratene Schwangere mehr erreicht wird als durch öffentlichen Protest. Die vielen, aber noch nicht genügend zahlreichen privaten Initia-

tiven, die Müttern in Notlagen zu helfen suchen, fanden sich durch die bischöfliche Läutaktion keineswegs optimal verstanden. Und tatsächlich ist es wohl so, daß die möglichen kirchlichen Hilfswege z.B. bei der Wohnungsbeschaffung angesichts des beträchtlichen kirchlichen Immobilienbesitzes, der vorwiegend von kirchlichen Angestellten und von sonst von der Kirche Begünstigten bewohnt wird, noch lange nicht erschöpft sind.

In Sack und Asche Buße zu tun brauchen die Bischöfe, die durch ihren Beschluß zum Gedenkläuten aufgefordert, und die Pfarrer resp. die Gemeinden, die haben läuten lassen, dennoch nicht. Manche besonders heftigen Kritiker – nicht alle nur außerhalb der Kirche angesiedelt – hätten sich Geifer und Gift sparen können. Auch wenn von kirchlicher Seite noch mehr getan werden kann für geborene wie für ungeborene Kinder, so sind es doch gerade kirchliche Stellen und Kräfte, die nicht nur staatliche Mittel umsetzen, sondern mit Eigenmitteln und Eigeninitiative helfen. Kirche braucht damit nicht zu protzen, aber auch nicht hinterm Berg zu halten.

Sodann: Es gehört zu einer offenen pluralistischen Gesellschaft und zu einer funktionierenden Demokratie, daß jede gesellschaftliche Gruppe die Mittel der Meinungsbildung und auch des Protestes einsetzen darf, die ihr eigen sind, und auch mit der Lautstärke, die ihr möglich ist. Niemand kann der Kirche verbieten, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um die Gewissen wachzurütteln. Gerade alle jene in Verbänden, Parteien, Gewerkschaften, die aus wohlverstandenen Interessen öffentliches Klappern gewöhnt sind, sollten sich deshalb hüten, einer Kirche „Mißbrauch der bischöflichen Macht“ oder „frauenfeindlichen Psychoterror“ vorzuwerfen.

Mag sein, daß Aktionen wie das Glockenläuten, das sich auch gottesdienstlich nur schwer in Besinnung umsetzen läßt, ein zu grober Klotz auf existentielle Situationen ist, die Einfeldung und nicht Draufschlagen erfordern.

Es gilt aber auch mit den allseits gepflegten Heucheleien aufzuräumen. Notlagen, die durch Schwangerschaften entstehen, sind in der Regel weder von der Gesellschaft verursacht noch lassen sie sich – allein – durch sozialstaatliche Maßnahmen beheben. Menschliche Fortpflanzung vollzieht sich in einem Geflecht persönlicher und gesellschaftlicher Verantwortung: der Partner füreinander, der Partner für das Kind, der Angehörigen für die Frau oder die Partner. Erster Weg zur Vermeidung von Not ist ein verantwortlicher Umgang mit Sexualität. Da „sündigt“ die Kirche – mit anderen von der Gegenseite – mehr mehr als durch Glockenläuten. Erster Weg zur Behebung von entstandener Not ist ein kinderfreundliches Klima. Dieses gibt es nur dort, wo einander geholfen und niemand allein gelassen wird. Unser Gesellschaftsgefüge ist gerade in seiner lebensweltlichen Konstruktion nicht sehr solidaritätsförderlich. Wenn das „Mahnläuten“ durch die ausgelösten Auseinandersetzungen wenigstens ein bißchen zum Nachdenken über diese Zusammenhänge angeregt hat – und dieser Eindruck war aus manchen Reaktionen durchaus zu gewinnen –, war es möglicherweise nicht nur zulässig, sondern sogar nützlich.

se

Suchbewegungen

Ein magerer Hirtenbrief und die Selbstorganisation katholischer Laien in der DDR

Neben dem Geschehen um den „Runden Tisch“ und der sich wieder zuspitzenden Gesamtlage in der DDR waren dort innerkatholisch in den ersten Wochen des neuen Jahres vor allem zwei Ereignisse im Gespräch: die Veröffentlichung eines gemeinsamen Hirtenbriefes der DDR-Bischöfe am 30. Dezember, der am Wochenende von Silvester/Neujahr in allen Kirchen verlesen wurde, und die Gründung eines „Gemeinsamen Aktionsausschusses katholischer Christen“, eines ersten überdiözesanen Zusam-

menschlusses katholischer Laien aus allen Jurisdiktionsbezirken der DDR am Wochenende vom 13./14. Januar in Dresden.

Der Hirtenbrief – es ist der erste gemeinsame der Bischöfe in der DDR seit den Wochen der Wende – wurde am 19. Dezember von der Berliner Bischofskonferenz verabschiedet. Er ist nach Inhalt und Aussage *auffallend blaß* ausgefallen. Zurückhaltung auf der ganzen Linie wäre der falsche Ausdruck, aber was in ihm vorgetragen wird, bleibt an Entschiedenheit, Umsicht und Überzeugungskraft weit hinter dem zurück, was nach den durchwegs kraftvollen und vorwärtsdrängenden, wenn gelegentlich auch widersprüchlichen Stellungnahmen einzelner Bischöfe seit Oktober 1989 (vgl. HK, November 1989, 489) und nach der ersten gemeinsamen Erklärung der Bischöfe vom 11. November (vgl. HK, Dezember 1989, 560) erwartet werden konnte.

In dem unverhältnismäßig knapp gehaltenen Hirtenwort wird zwar deutlich, was *Grundperspektive* der Bischöfe ist: der Schutz der Menschenwürde und die Durchsetzung von Menschenrechten. An erster Stelle wird „die Würde des ungeborenen Kindes und des behinderten Menschen“ genannt. Aber es werden auch andere Bereiche und – teils gegensätzliche – Gefährdungen benannt: „Es geht uns um die Würde des jungen Menschen in den Erziehungs- und Bildungseinrichtungen und in den Kasernen und die Würde der straffällig Gewordenen. Vergeßt dabei aber auch nicht die Würde des nach der ‚Wende‘ Ausgegrenzten, in welchem Bereich er auch tätig gewesen sein mag. Wir werden aber auch auf die *Pflichten des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft* hinzuweisen haben, die jeder Mensch erfüllen muß, um seiner Sozialnatur gerecht zu werden. Und wir werden darauf zu achten haben, daß sich Gesellschaft und Staat nicht Zuständigkeiten aneignen, die den Menschen in seiner Freiheit und Verantwortlichkeit einschränken. Was der einzelne Bürger oder die jeweils kleinere Gemeinschaft selbst leisten kann, soll der Staat nicht an sich ziehen.“

So lautet die zentrale Passage des Schreibens. Und natürlich fehlen nicht Forderungen nach Glaubens- und Gewissensfreiheit, nach verbindlicher Rechtsstaatlichkeit, nach Durchsetzung des Elternrechts in der Erziehung, nach sicherer Rechtsstellung der Kirchen und dem Rückzug der Jungen Pioniere aus den Schulen. Was aber an dem Schreiben auffällt: *es fehlt jede gesellschaftspolitische Perspektive*, die nach vorne weist, und jeder erkennbare Zug zur Nachdenklichkeit über kirchliches Verhalten in der Vergangenheit. Es werden dieselben Grundsätze fortgeschrieben, die in der Vergangenheit galten, und die Forderungen bleiben im wesentlichen auf die Bereiche beschränkt, auf die kirchliches Geschehen sich schon in der Vergangenheit konzentriert hatte. Und dies wird offenbar als Strategie und als Argumentation gegen jene verstanden, die den Eindruck gewinnen, die „Wende“ wirke sich auf die Kirche als *Stabilitätsverlust* aus: „Es sind dieselben Grundsätze, die unser bisheriges und unser jetziges Verhalten bestimmen ...“

Aber was da in hölzerner Diktion vorgetragen wird, wirkt zu gewollt ausgewogen, um die Härte des Umbruchs und die neuen Herausforderungen, vor denen die Kirche in der DDR steht, voll in den Blick nehmen zu können. So warf z. B. der Leipziger Oratorianer *Wolfgang Trilling* den Bischöfen vor, sie stellten sich nicht nur die Frage nicht, warum sie seinerzeit zu Fragen des Gemeinwohls, beispielsweise zur Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder zum Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR, geschwiegen hätten, sondern ließen auch jede Anerkennung gegenüber der evangelischen Kirche vermissen, ohne deren risikoreiches Engagement es den „Umsturz“ gar nicht gegeben hätte.

Trilling fand den Brief vergleichsweise so selbstgerecht, wie den ersten Hirtenbrief der deutschen Bischöfe nach dem Krieg, in dem auch jede Anfechtung des eigenen Gewissens gefehlt habe. Vermutlich ist den Bischöfen aber nur zwischen dem Bemühen, den sich jetzt in Ansätzen organisierenden